

## Einstieg in die Berufswelt

## Grossteil der Jugendlichen nutzt die Chance

**Der Abschluss einer Lehre ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gelungene Integration von Jugendlichen in unser Wirtschaftssystem. Fällt dieser Schritt schwer, gibt es Lösungsangebote.**

Claudia Schneider

In Baar wie auch anderswo im Kanton schaffen es nicht alle Jugendlichen, eine Lehre zu finden oder sie zu beenden. Einen Teil dieser Jugendlichen (siehe auch blaue Spalte) fängt «Einstieg in die Berufswelt» (EiB) mit Sitz an der Sternmattstrasse 1 in Baar auf. Finanziert wird dieses niederschwellige Brückenangebot durch die Arbeitslosenkasse. In den vergangenen 15 Jahren hat Bern-

**«Die Jugendlichen brauchen ein Ziel, für das wir sie motivieren und zu dem wir sie auf dem Weg begleiten.»**

Patrick Kreyenbühl, neuer Leiter EiB



Jasikan Arulchandran (von links), Ana Mitrovic und Marco Ribeiro legen die T-Shirts für das Fussball-Dorfturnier in Baar zurecht. Links der designierte Leiter des EiB, Patrick Kreyenbühl, und der abtretende Bernhard Bächinger, der zum letzten Mal mitsteht. Bild: Claudia Schneider

hard Bächinger den kantonalen Ableger dieses nationalen Angebots – im Auftrag des Vereins für Arbeitsmarktmassnahmen – geleitet. Im Sommer geht er in Pension.

#### Mit praktischer Erfahrung in die Führungsposition

Bevor es so weit ist, sitzt Bernhard Bächinger im Büro des EiB gegenüber seinem Nachfolger Patrick Kreyenbühl. Der 43-jährige Vater von drei Kindern hat in den vergangenen sechs Jahren als Coach im EiB gewirkt und übernimmt im Sommer die

Leitung. «Ich arbeite sehr gern mit den Jugendlichen zusammen», sagt er und verspricht sich von seiner neuen Funktion «mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf das Programm und mehr Verantwortung» – auch für sein zehnköpfiges Team. Viel verändern kann und will der neue Leiter aber nicht. «Das Programm hat sich sehr bewährt. Wir konnten uns einen guten Ruf im Kanton erarbeiten, wollen dieses

Niveau halten und weiterhin gute Lösungen für Arbeitgeber und Jugendliche erarbeiten.»

#### Offene Lehrstellen entsprechen nicht immer den Wünschen

Während der Baarer Gewerbevereinspräsident Arno Matter immer mal wieder deutlich macht, dass Jugendliche für die Ansprüche einer Lehre öfters nicht ausreichend gewappnet sind, machen die Verantwortlichen des EiB klar,

dass sich diese Situation durch die laufend zunehmenden Anforderungen in der Arbeitswelt weiter akzentuieren wird. Andererseits sind vorhandene Ausbildungsplätze für von Koch, Bäcker oder Metzger schlicht nicht beliebt. «Wir versuchen natürlich, Jugendliche für solche Lehren zu motivieren», sagt Bernhard Bächinger. Wollen sie nicht, führe dies aber nur zu einem Lehrabbruch. «Die Jugend-

lichen brauchen ein Ziel, für das wir sie motivieren und zu dem wir sie auf dem Weg begleiten. Aber sie müssen den Willen dazu selber entwickeln, sonst läuft das nicht», erklärt Patrick Kreyenbühl.

70 bis 80 Prozent der Jugendlichen im EiB finden eine Lösung. «Diese Quote liegt höher als in vielen anderen Kantonen», so Bernhard Bächinger. Er und sein Team müssen aber auch mit der Tatsache klarkommen, dass es Enttäuschungen gibt und immer mal wieder Jugendliche aus dem Programm ausgeschlossen werden müssen.

#### Kein Lehrabbruch ohne Anschlusslösung im Sack

Über die Hälfte der Jugendlichen im EiB hat ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen. «Ich staune, dass Eltern einen Abbruch zulassen, bevor eine Anschlusslösung gefunden ist», so Bernhard Bächinger. Meistens zeige sich, dass Eltern und Jugendliche zu wenig in Kontakt zueinander seien. «Im Gespräch gibt es dann gegenseitige Schulzuweisungen. Eltern sollten Unterstützung suchen, es gibt dafür verschiedene Beratungsstellen im Kanton Zug.»

Das Programm im EiB durchlaufen Jugendliche, die bei der Arbeitslosenkasse gemeldet sind. Problematisch seien immer die Schnittstellen. Speziell im Sommer, wenn die Schule nicht mehr zuständig ist und die Lehrstellen vergeben sind. Es kommt immer wieder vor, dass Jugendliche, die keine Lehrstelle gefunden haben, zu Hause bleiben, ohne dass sie sich ernsthaft um eine Ausbildung oder eine Arbeit bemühen. «Die Eltern sind eigentlich immer froh und auch dankbar, wenn ihr Nachwuchs sich beim EiB anmeldet und fachliche Unterstützung beim Suchen einer beruflichen Lösung erhält», so Bernhard Bächinger.

#### Fakten

##### Teil eines nationalen Programms

Für Jugendliche, die jetzt im Sommer keine Lehrstelle haben, bietet der Kanton Brückenangebote (BA) an (schulisches BA, kombiniertes BA und Integrations-BA). Das EiB begleitet Jugendliche, die durch die Arbeitslosenkasse gemeldet werden.

Im laufenden Programm, das vor den Sommerferien zu Ende geht, haben total 53 Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren teilgenommen. 65 Prozent von ihnen sind junge Männer und 35 Prozent junge Frauen. Sie kommen von der Oberstufe respektive einem der oben erwähnten kantonalen Brückenangebote oder von einem vorzeitigen Abbruch einer Ausbildung. Der schulische Hintergrund reicht von der Werkschule bis zur Kantonsschule. Fast die Hälfte der betroffenen Jugendlichen wohnt in Zug oder Baar, praktisch alle weiteren in anderen Zuger Gemeinden. Rund 45 Prozent der Programmteilnehmenden haben die Schweizer Staatsbürgerschaft. Insgesamt kommen sie aktuell aus 21 verschiedenen Nationen. Diese enorme Vielfalt hat gegenüber früher den Vorteil, dass sich nicht gleichsprachige Gruppe bilden.

Schweizweit nehmen an diesem nationalen Programm durchschnittlich 5500 Jugendliche pro Jahr teil. Vom EiB in Baar erarbeiten sich jedes Jahr 70 bis 80 Prozent der Teilnehmenden den Start zu einer mehrjährigen beruflichen Grundbildung. [ese](#)

## Nachgefragt

# Meldescheine für private Gäste?

**Seit wann müssen auch Airbnb-Vermieter Meldescheine für ihre Gäste ausfüllen? Vor ein paar Jahren war das noch nicht der Fall.**



Judith Aktlin, Mediensprecherin Zuger Polizei.

Die Meldepflicht für die Beherbergung von Gästen gegen Entgelt ist im Kanton Zug im Gastgewerbegesetz statuiert: «Wer gegen Entgelt Gäste beherbergt, hat aus kriminalpolizeilichen Gründen von jedem Gast bei dessen Ankunft einen Meldeschein ausfüllen zu lassen.» Mit dem Aufkommen von immer mehr privaten Beherbergungen gegen Entgelt hat die Sicherheitsdirektion des Kantons Zug 2017 im Amtsblatt zweimal darauf hingewiesen, dass diese Bestimmung im Gastgewerbegesetz auch für sämtliche Airbnb-Anbieterinnen und -Anbieter im Kanton Zug gilt. Neben den herkömmlichen Betreibern von Hotel- und Beherbergungsbetrieben fallen demnach auch die Airbnb-Anbieterinnen und -Anbieter, welche ebenfalls gegen Entgelt Gäste beherbergen, unter

diese Bestimmung und sind meldepflichtig. Hier handelt es sich nicht um eine Vorgabe der Polizei, sondern um die Vorgaben des Gastgewerbegesetzes, die immer gelten, auch am Esaf.

#### Was macht man dann mit den ausgefüllten Meldescheinen?

Die Meldescheine müssen umgehend bei einer Polizeidienststelle abgegeben werden. Umgehend heisst in der Regel am gleichen Tag, spätestens am nächsten Tag. Die Meldescheine können unter folgendem Link bestellt werden: [www.abeggen-pfister.ch/de/office/ankunftsscheine-ga-](http://www.abeggen-pfister.ch/de/office/ankunftsscheine-ga-)

estebuch/Ankunftsscheine-A6-quer-9022.html.

Eine Mehrzahl der Hotels übermittelt die Meldescheine elektronisch, bei einigen Logisgebäuden sammeln wir die Zettel im Rahmen der gewöhnlichen Patrouillentätigkeit ein. Die Meldescheine werden anschliessend durch die Zuger Polizei mit Einträgen im nationalen Fahndungsregister abgeglichen. Damit können wir immer wieder Erfolge verzeichnen. Wir können ausgeschriebene Täter verhaften, ihnen etwas zustellen (zum Beispiel Strafbefehle) oder offene Bussenbeträge einziehen.

#### Was geschieht bei Zuwiderhandlungen? Zahlt der Vermieter oder der Mieter eine Busse und wie hoch ist diese?

Gemäss dem kantonalen Übertretungsstrafgesetz wird das Missachten der Meldepflicht bei Beherbergung von Gästen mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken bestraft. **Florian Hofer**

## Fürsorgerische Zwangsmassnahmen

# Weitere Gemeinden finanzieren mit

#### Die Finanzierung des Projekts zur historischen Aufarbeitung schreitet voran. Weiter werden Zeitzeugen gesucht.

Der Kanton ist weiter auf der Suche nach Geldgebern für die historische Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen bis ins Jahr 1981 (wir berichteten). Nebst dem Kanton hatten bereits die Einwohnergemeinden Zug, Cham, Menzingen und Risch Gelder gesprochen. Baar, Hünenberg, Ober- und Unterägeri sowie Walchwil zeigten sich im Mai noch zögerlich. Dies hat sich jedoch laut Peter Hausherr, dem Präsidenten der Gemeindepräsidentenkonferenz, geändert.

#### Neun Gemeinden beteiligen sich mit 80 300 Franken

In der Sitzung am 26. Juni kam das Thema nochmals auf den Tisch, und die besagten Gemeinden zahlen noch dieses oder kommenden Jahr aus.

Neuheim und Steinhausen werden keinen Beitrag leisten. «Wir wollten mitziehen, wenn alle elf Einwohnergemeinden Beiträge sprechen. Da dies nun nicht der Fall ist, haben wir uns gegen eine Mitfinanzierung ausgesprochen», erklärt der Steinhäuser Gemeindepräsident Hans Staub. Die anderen neun Gemeinden haben einen Gesamtbetrag von 80 300 Franken versprochen. Hingegen beteiligen sich die Bürgergemeinden Stadt Zug, Steinhausen, Baar und Unterägeri. Auch die Hansdurrer-Stiftung und die Hürlimann-Wyss-Stiftung Zug haben Beiträge gesprochen. Die Liste zum Stand der Finanzierung ist auf der Website der Direktion des Innern ersichtlich. Auf dieser Liste ist auch die V-Zug zu finden. Das Zuger Traditionsunternehmen hat 4000 Franken gesprochen. «Die Zusage erfolgte als good corporate citizen. Wir unterstützen auf Anfrage verschiedene gesellschaftliche Anliegen der Politik im Rahmen unserer Möglichkeiten», teilt Christian Bärlocher, Head Global Marketing Services der V-

Zug, auf Anfrage unserer Zeitung mit.

Im Rahmen der historischen Untersuchung «Soziale Fürsorge im Kanton Zug» sucht das vom Kanton Zug mit dieser Arbeit beauftragte Forschungsteam der Beratungsstelle für Landesgeschichte weiter Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Es geht um Betroffene und Beteiligte, die bereit sind, in Interviews über ihre persönlichen positiven und negativen Erfahrungen und Erlebnisse in diesem Kontext zu berichten. «So unverzichtbar schriftliche Archivquellen für eine Forschungsarbeit sind; sie vermögen Aussagen von Zeitzeugen, die ihre Erlebnisse schildern und für die Nachwelt festhalten, nicht zu ersetzen», sagte Regierungsrat Andreas Hostettler im Mai in einer Mitteilung. Man setzt daher – ergänzend zu umfangreichen schriftlichen Quellen – auf die sogenannte «oral history», eine Methode, die für die Wissenserhebung auf der mündlichen Befragung von lebenden Zeitzeugen basiert.

Alina Rütli